



Bundes- tags- brief



**Prof. Monika
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222
Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Nr. 141 • Die Woche im Bundestag • 29.11.2013

Koalition kann starten

Nach intensiven Beratungen in zwölf Arbeits- und vier Unterarbeitsgruppen liegt jetzt der Entwurf für einen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vor, der bei allen Kompromissen unsere wesentlichen Ansprüche erfüllt:

Es wird keine Steuererhöhungen geben, alle Maßnahmen haben sich an Wachstum- und Beschäftigung zu orientieren, wir erhöhen Leistungen nur dort, wo sie finanzierbar sind und wir werden 2015 erstmals nach über 40 Jahren einen Bundeshaushalt ohne neue Schulden erreichen. Zudem haben wir im zentralen Bereich der Europapolitik maßgeblich unsere Linie durchsetzen können.

Damit sind die Kernprinzipien der Bundespolitik für die kommenden vier Jahre in unserem Sinne beschrieben. Die SPD hat in den Verhandlungen viele Einzelforderungen beigesteuert. Wir haben darüber beraten und klar gemacht, dass jede Maßnahme sich am Ende der zentralen Frage unterordnen muss: Wird es den Menschen und unserem Land am Ende dieser Wahlperiode besser gehen als zu Beginn?

Wir sind der Auffassung, dass dieser Koalitionsvertrag die Grundlage für die großen Aufgaben, die wir in Deutschland und Europa zu meistern haben, sein kann.

Die Verhandlungen haben gezeigt, dass die Union mit Herz und Verstand bei der Sache ist. Für uns steht die Zukunft unseres Landes und seiner Menschen an erster Stelle, nicht der taktische Vorteil für den einen oder anderen Parteiflügel.

Wir führen zusammen, suchen den richtigen Weg und übernehmen so Verantwortung für unser Land und die Bürgerinnen und Bürger.

Wir wissen, dass Kompromisse dem Land, nicht einer Partei, dienen müssen.

Es war nicht immer leicht, in den Sondierungen und Verhandlungen zu tragfähigen Ergebnissen zu kommen. Die Verhandlungen haben in einer guten und vertrauensvollen Atmosphäre stattgefunden. Das hat nicht ausgeschlossen, dass wir bei allen Unterschieden in den Parteiprogrammen mit Leidenschaft um gute Ergebnisse gerungen haben.

An manchen Stellen mussten auch wir sehr weit gehen, um Brücken über oft rein emotionale Gräben zu bauen. Schließlich geht es in diesen schwierigen Zeiten darum, eine stabile Mehrheit für eine starke und handlungsfähige Regierung zu schaffen.

Deutschland hat die Chance auf vier weitere gute Jahre, wenn wir diesen Koalitionsvertrag unter der Führung von Angela Merkel klug umsetzen.

Der Bundestag arbeitet

Nach der Konstituierung des 18. Deutschen Bundestages am 22. Oktober 2013 und der Wahl des Bundestagspräsidiums haben wir im Plenum eine erste Regierungserklärung debattiert und uns mit den Folgen der NSA-Aktivitäten befasst.

Nun liegen auch Gesetzentwürfe des Bundesrates, der Bundesregierung und aus der Mitte des Hauses vor, über die wir in dieser Woche beraten haben. Mit dem Hauptausschuss schaffen wir die Möglichkeit, auch in der Übergangszeit bis zur vollständigen Konstituierung von Regierung, Fraktionen und Parlament in gewohnter Weise zu beraten und zu entscheiden.

Dieser Weg ist pragmatisch und wird dazu beitragen, die Zeitverzögerung auszugleichen, die durch die Sondierungen und vor allem durch die Mitgliederbefragung der SPD im Anschluss an die Koalitionsverhandlungen entsteht.

Darüber hinaus ist festzuhalten, dass die Arbeit des Bundestages nicht nur aus Plenar- oder Ausschusssitzungen besteht, sondern ganz wesentlich auch durch die Arbeit in unseren Wahlkreisen geprägt ist.

Auch die Kontrolle der Bundesregierung funktioniert, etwa über schriftliche und mündliche Fragen, über Kleine oder Große Anfragen und – nicht zu vergessen – die öffentliche Auseinandersetzung.

Diplomatische Lösung des Atomkonflikts mit dem Iran möglich

Der Iran ist Mitglied des Nichtverbreitungsvertrags, mit dem sich jeder Nichtkernwaffenstaat verpflichtet, nicht den Besitz von Kernwaffen anzustreben. Zugleich besteht nach diesem Vertrag das Recht, Nukleartechnologie für friedliche Zwecke zu nutzen.

Der Iran hat bislang einen aus Russland gelieferten Reaktor in Busher in Betrieb genommen, dessen Brennstoffversorgung ebenfalls von Russland garantiert wird. Entgegen der offiziellen Lesart Irans bedarf es zur Energieversorgung also keiner eigenen Urananreicherung.

Daher besteht seit 2002 international der Verdacht, dass der Iran Spaltmaterial für den Bau von Kernwaffen verwenden könnte.

Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen und die E3+3-Staaten (Großbritannien, Frankreich und Deutschland sowie USA, China und Russland) haben den Iran immer wieder zu Kooperation und Transparenz aufgefordert, ohne dass der Iran bislang einlenkte.

Die nunmehr in Genf getroffene Vereinbarung mit dem Iran ist deshalb ein Wendepunkt. Nach zehn Jahren der Verhandlungen, des Stillstands und der Konfrontation wurde erstmals eine politische Einigung über erste Schritte erzielt.

Unser Verhandlungsansatz für eine politische Lösung im Streit um das Atomprogramm, die eine nukleare Bewaffnung des Iran verhindert, hat sich als richtig erwiesen.

Erneut hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, mit Geduld und Beharrlichkeit an für richtig erkannten Positionen und Handlungsweisen festzuhalten.

Jetzt kommt es darauf an, dass die nächsten Monate genutzt werden, um eine substanzielle Lösung des Gesamtkonfliktes zu erreichen.

Wir nehmen die israelischen Besorgnisse, aber auch die der unmittelbaren Nachbarn des Iran, sehr ernst. Deshalb muss der Iran die Gelegenheit nutzen, jeden Zweifel an der ausschließlich friedlichen Nutzung seiner Urananreicherung auszuräumen.

Sollte dies der Fall sein, dann könnte die Vereinbarung von Genf eine historische Zäsur werden.

Deutsche Wirtschaft optimistisch

Der ifo-Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft in Deutschland ist im November überraschend stark von 107,4 auf 109,3 Punkte gestiegen.

Die ca. 7.000 für den Index befragten Manager schätzen die Geschäftslage für die kommenden sechs Monate deutlich positiver ein als in den vorherigen Monaten.

Die Einschätzung der Geschäftslage stieg von 111,3 auf 112,2 Punkte. Auch die Erwartungen an den Geschäftsverlauf in den kommenden Monaten sind von 103,7 auf 106,3 auf den höchsten Wert seit Frühjahr 2011 gestiegen.

Die Geschäftsklimaindikatoren sind im verarbeitenden Gewerbe sowie im Groß- und Einzelhandel kräftig gestiegen. Auch wenn im Bauhauptgewerbe die aktuelle Lage etwas weniger positiver beurteilt wird, steigen die Erwartungen an den Geschäftsverlauf im Vergleich zum Vormonat.

(Quelle: CESifo-Gruppe München)